

# MINISTERIUM: PRÄVENTIONSGESETZ SOLL SICH AN LEBENSWELTEN AUSRICHTEN

---

**Donnerstag, 27. März 2014**

Köln – Das Bundesgesundheitsministerium will im Frühsommer Eckpunkte für ein Präventionsgesetz vorlegen. Das hat die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Ingrid Fischbach, gestern in Düsseldorf angekündigt. Das Ministerium wolle zunächst die Ergebnisse der zweiten Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) abwarten, die im Mai vorgelegt werden sollen, erklärte Fischbach bei einem Symposium der Ärztekammer Nordrhein zum Thema „Von Anfang an – gemeinsam für Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen“.

Mit der KiGGS-Studie erhebt das Robert Koch-Institut bundesweit repräsentative Daten zur Gesundheit der unter 18-Jährigen. Die Kinder und Jugendlichen der ersten KiGGS-Studie, die von 2003 bis 2006 gelaufen ist, werden bis ins Erwachsenenalter begleitet. Fischbach erklärte, die Erkenntnisse aus der ersten Studie hätten der Bundesregierung als Basis für ihre Präventionsstrategie gedient. Die Ergebnisse der Folgestudie wolle man jetzt auch zur Evaluation bisher getroffener Maßnahmen nutzen.

Das geplante Präventionsgesetz solle sich an den Lebenswelten der Betroffenen ausrichten, betonte Fischbach. Mit Blick auf Kinder und Jugendliche seien das unter anderem Kindertagesstätten und Schulen. Auch Kinder- und Jugendärzte sollten ihre Vorstellungen im Gesetzgebungsverfahren einbringen können, erklärte die Staatssekretärin. „Prävention ist nichts, was das Gesundheitsministerium allein realisieren kann.“ Dazu benötige man einen ganzheitlichen Ansatz, der neben den medizinischen Aspekten auch gesellschaftliche Chancengleichheit und ein konstantes Gesundheitsmonitoring beinhalte.

aerzteblatt.de

- Prävention soll ungleiche Gesundheitschancen kompensieren
- Prävention: Ausgaben der Kassen gesunken

Der KiGGS-Studie zufolge treten schwere Infektionskrankheiten als Risikofaktoren für Kinder und Jugendliche zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen nehmen chronische Erkrankungen wie Allergien oder psychische Auffälligkeiten zu. Besonderen Gesundheitsrisiken seien Kinder aus sozial benachteiligten Familien ausgesetzt, erklärte Fischbach. Viele Störungen hätten ihre Ursache zudem in einer unzureichenden Förderung im frühen Lebensalter. „Deshalb bin ich froh, dass wir heute auch über Frühförderung sprechen“, sagte die Staatssekretärin. Das solle auch Teil des Präventionsgesetzes werden.

In der vergangenen Legislaturperiode war die Bundesregierung aus Union und FDP mit ihrem Vorhaben für ein Präventionsgesetz gescheitert. Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich jetzt im Koalitionsvertrag erneut zum Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention bekannt. © *HK/aerzteblatt.de*